

ZID, Referat EU, UNO & OECD: IRLAND-STUDIENREISE, APRIL 2013

I Worker participation on Boards: Round Table Konferenz der RLS in Dublin, 11.04.2013

Einmalig in der angelsächsischen Welt gibt es in Irland seit 1977 in ArbeitnehmervertreterInnen in den Aufsichtsgremien größerer öffentlicher Unternehmen (Worker Directors on Boards), in Teilen vergleichbar mit den Aufsichtsräten in Deutschland.

Mit finanzieller Unterstützung durch die RLS hat das Forschungsinstitut [TASC](#) (Think Tank for Action on Social Change) eine [Studie](#) mit den praktischen Erfahrungen dieser Personengruppe erstellt. Dieses Forschungsergebnis war Gegenstand einer Expertendiskussion mit irischen Wissenschaftlern und Arbeitsdirektoren (Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsgremien).

Von deutscher Seite gehörten der Delegation an: Dr. Florian Weis (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS), Dr. Sabine Reiner (stellvertretendes Vorsitzende des Vorstands der RLS), Peeter Raane (Mitglied des Vorstands der RLS), Frank Siebens (Ver.di, Referat Betriebliche Mitbestimmung / Europäische Betriebsräte), Maik Hennig (Referat EU, OECD und UNO der RLS).

Die Expertenrunde kam zu dem Schluß, daß bei allen Interessenkonflikten, enttäuschten Erwartungen und gesetzlichen Beschränkungen diese Arbeitnehmervertretung positiven Einfluß auf die Entwicklung der Unternehmen und die Arbeitsplätze hat.

Die Sicherung und Ausdehnung auf den gesamten öffentlichen Bereich werden empfohlen. Außerdem wurde betont, daß eine ständige Fortbildung der ArbeitnehmervertreterInnen erforderlich ist, um die Funktion erfolgreich auszuführen.

Die deutschen Teilnehmenden berichteten auch anhand kritischer Fälle (wie z.B. in der Vergangenheit bei VW) über die insgesamt positiven Erfahrungen mit der Mitbestimmung in der Privatwirtschaft, die zum Teil durch Betriebsaufteilungen und Umwandlungen nach europäischem Gesellschaftsrecht bedroht ist. Das deutsche System mit seinen weitgehenden Rechten in der Montanbereich und den seit 1976 gültigen Bestimmungen für Unternehmen über 2000 Angestellte stellte Frank Siebens (ver.di) den Teilnehmenden vor.

Angesichts der Vielzahl ähnlicher Probleme in der EU, z.B. durch Unterschiede in Besteuerung, Sozialversicherung und Entlohnung, vielfach hervorgerufen durch multinationale Unternehmen erscheint es aus Sicht des Seminars und der RLS erforderlich, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der kritischen wissenschaftlichen Institutionen zu vertiefen, die Einflußmöglichkeiten von Gewerkschaften zu stärken, Mitbestimmung im Sinne einer *stakeholder revolution* zu verankern.



Foto: Maik Hennig

II Gespräche mit linken irischen Parteien und dem *General President* von Irlands größter Gewerkschaft [SIPTU](#), Jack O'Connor

Am Rande des Seminars informiert der *General President* die deutschen Teilnehmenden über die aktuellen Probleme in Irland, insbesondere im Zusammenhang mit Arbeitsplatzverlusten, ausgelöst durch die von der EU / Troika geforderten Austeritätspolitik.

Im irischen Abgeordnetenhaus, dem Dáil (166 Sitze), sind derzeit drei linke Parteien vertreten, *Sinn Féin* mit 14 Sitzen, die *Socialist Party* (2 Sitze) und die *People Before Profit Alliance* (2 Sitze). Mit *Sinn Féin* und der *People Before Profit Alliance* fanden Gespräche statt. Durch den gleichzeitig stattfindenden Annual Congress von *Sinn Féin* in Castlebar (County Mayo) konnten die Eindrücke vertieft werden. Besonders beeindruckend an dem Parteitag, der zum Teil im öffentlichen Fernsehen live übertragen wurde, waren der hohe Anteil weiblicher Teilnehmender, die gemischte altersmäßige Zusammensetzung der RednerInnen sowie das sehr sachliche und offensive Auftreten.

Am Parteitag nahmen Delegationen sowohl aus der Republik Irland als auch aus Nordirland teil, darunter Martin McGuinness, stellvertretender Erster Minister der nordirischen Regierung. Er hob hervor, daß die Zeit der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und britischen Royalisten um die politische Zukunft Nordirlands glücklicherweise vorbei sei. Jedoch steht die Forderung nach Vereinigung mit dem Süden für *Sinn Féin* nach wie vor.

Diese Forderung nach Beendigung der Teilung zog sich durch viele Beiträge und führte immer wieder zu demonstrativem Beifall.

Den Opfern des Kampfes wurde in ergreifender Weise im Rahmen einer Ausstellung am Rande des Kongresses gedacht.

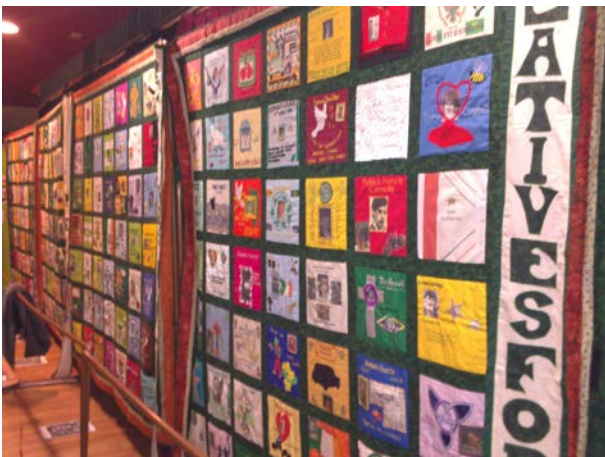


Foto: Peeter Raane

Martin McGuinness distanzierte sich ausdrücklich von Gruppen, die versuchen, unter Mißbrauch des Namens IRA diese blutigen Kämpfe wieder aufleben zu lassen.

340.000 Jobs gingen seit Beginn der Krise in Irland verloren! Jede Stunde verlassen 9 IrInnen ihr Land. Darauf wurde in berührenden persönlichen Redebeiträgen von Kongreßteilnehmenden hingewiesen.

Der massive Arbeitsplatzverlust und die sozialen Folgen der Austeritätspolitik in Irland bestimmten einen Großteil der Debatten.

Sinn Féin ist entschlossen, der von der Regierung geplanten *property tax* Widerstand zu leisten und der Kürzungspolitik entgegenzusetzen; dazu zählen eine [Reichtumssteuer](#) für Vermögen über 1 Mio € sowie der Erhalt und Wiederaufbau des öffentlichen Dienstes. Mary Lou McDonald TD (Abgeordnete des *Dáil*) sprach sich für eine *demokratische Revolution* aus und rief dazu auf, die Angestellten des Öffentlichen Dienstes in ihrem Kampf gegen die von der Regierung geplanten massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Sie warnte davor, die Interessen der Angestellten des Öffentlichen Dienstes gegen die in der Privatwirtschaft Tätigen auszuspielen.

Harsche Kritik an der Austeritätspolitik der EU und Irlands übte auch Martina Anderson MEP und Gerry Adams TD (Abgeordneter des *Dáil* und Parteivorsitzender). Für Samstag, den 13.04. rief *Sinn Féin* neben anderen zu einer Demonstration in Dublin auf.



Foto: Maik Hennig

III Fachbesuch bei [Eurofound](#), der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die Beobachtung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den demnächst 28 EU-Staaten gehört zu den Kernaufgaben der europäischen Stiftung Eurofound. Die Gremien werden zu 1/3 von den Regierungen, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften benannt. Zusätzlich zu den EU-Ländern werden in den aktuellen Studien (in 25 Sprachen) auch Island, Norwegen, die Türkei, Moldawien oder Montenegro einbezogen. Die einmalige Datenbasis, die sich aus über 40.000 Interviews speist, wird regelmäßig aktualisiert und im Internet veröffentlicht. Insgesamt arbeiten bei Eurofound in Dublin 116 Mitarbeiter aus allen EU-Ländern. Die Stiftung sieht ihre Aufgabe darin, auf Grundlage der Befragungsergebnisse und Trends qualifizierte Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten (z.B. zum Thema Arbeitszeitregelungen), ohne selber direkte Empfehlungen – etwa zur Arbeitszeitverkürzung – zu geben.

Die delegierten Teilnehmer der RLS hatten bei ihrem Besuch bei Eurofound die Gelegenheit, sich über die sozialen Ungleichheiten in Europa ein Bild hinsichtlich verschiedener Kriterien wie Altersgruppe, Geschlecht, Bildungsgrad zu machen. Die Spaltung der Gesellschaft hat sich seit 2008 in allen EU-Ländern verschärft. Das weisen die Erhebungen von Eurofound eindrucksvoll nach.

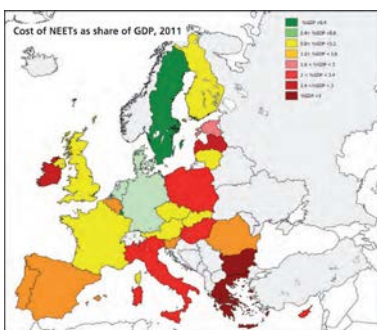
Die Arbeit von Eurofound verdient mehr Aufmerksamkeit. Die RLS-Teilnehmenden waren vom Umfang der Studien sehr beeindruckt. Gerade angesichts der Krise sind Versuche im Rahmen der Haushaltsberatungen der EU, die Forschungsmittel für Eurofound zu kürzen, im Interesse der Lohnabhängigen und der Krisenopfer in Europa dringend abzuwehren.

Einige Beispiele für die Arbeitsergebnisse von Eurofound:

[Wie wahrscheinlich ist es, daß Sie Ihre Arbeitsstelle in den kommenden 6 Monaten verlieren?](#)

[Die schrumpfende Mitte: Jobverlust-Ticker](#)

[Die Krise verschärft die Kluft zwischen Arm und Reich](#)



Quelle: Eurofound